

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint wöchentlich am Freitag in 12 Hefen.
Der Preis für die 12 Hefen beträgt 1,20 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig.
Abbestellungspreis für 6 Monate 6,00 Mark, für 1 Jahr 11,00 Mark.
Bestellungsstellen: Leipzig, Nr. 12255, sowie alle Buchhandlungen.

Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Kue (Böhmi), Schwarzenberg, Schwarzenberg und Sohannsteden, der Stadträte in Grünhain, Böhmi, Neustädtel und Schwarzenberg, der Finanzämter in Kue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Kue und Schwarzenberg.

Verlag C. M. Gärner, Kue, Sachsen.

Vertriebsstellen: Kue 01 und 02, Böhmi (Kue) 445, Schwarzenberg 12, Schwarzenberg 3516, Grünhain 2011, Neustädtel 2011.

Einzelhefte sind in den Buchhandlungen erhältlich.
Der Preis für die 12 Hefen beträgt 1,20 Mark.
Abbestellungspreis für 6 Monate 6,00 Mark, für 1 Jahr 11,00 Mark.
Bestellungsstellen: Leipzig, Nr. 12255, sowie alle Buchhandlungen.

Nr. 153.

Freitag, den 1. Juli 1932.

85. Jahrg.

Amthliche Anzeigen.

Montag, den 4. Juli 1932, 11 Uhr sollen in Böhmi 1 geb. Schreibmaschine, 1 Rechenmaschine, 1 geb. Nähmaschine öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Treffpunkt der Bieter: Restaurant z. gold. Anker, Böhmi. Die Vollstreckungsstelle des Finanzamts Kue.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen 1. des Kaufmanns Johann Paul Dürfeldt in Wittweiba/Erzg., 2. des Kaufmanns Bernhard Johannes Tröger in Wittweiba/Erzg., beide Mitinhaber der handelsgerichtlich eingetragenen offenen Handelsgesellschaft in Firma L. D. Reichardt in Wittweiba i. Erzgeb. (Nagelschmiederei und Erzhandlung mit Drahtstiften, Nohlen und Brecketts) werden die auf den 6. Juli 1932, vorm. 10 Uhr bestimmten Wahl- und Prüfungsstermine zugleich als Termine zur Anhörung der Gläubiger über die vom Konkursverwalter angeregte Einstellung des Verfahrens mangels auswechsender Masse bestimmt.

Schwarzenberg, 1. Juli 1932. Das Amtsgericht.

Der von den städtischen Körperschaften in ihren Sitzungen vom 4. April und 14. April 1932 beschlossene und vom Kreisaußschuß der Amtshauptmannschaft Weiskau am 10. Juni 1932 genehmigte 46. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung der Stadt Schwarzenberg vom 5. Oktober 1915, die Wertzuwachssteuer betreffend, liegt vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an 14 Tage im Stadsteueramt, Zimmer Nr. 31, zu jedermanns Einsichtnahme aus.

Schwarzenberg, am 30. Juni 1932. Der Rat der Stadt — Steueramt.

Schneeberg. Im Juli 1932 werden fällig:

- Am 5.: Aufwertungs-(Witzins-)Steuer für Juli.
 - 7.: Musikinstrumentensteuer für Juli.
 - 15.: Grundsteuer-Vorauszahlung 2. Termin 1932.
 - 15.: Kirchensteuer-Vorauszahlung 2. Termin 1932.
 - 31.: Biersteuer für Juli. (Neuerste Jahrsfrist 10. 9. 1932.)
- Zahlstelle: Stadsteueramt, Zimmer Nr. 2.
Ressensstunden: Täglich 8-11 Uhr.
Nach Fristablauf muß das Mahn- und Beitreibungsverfahren auf Kosten der Säumigen eingeleitet werden.
Schneeberg, den 29. Juni 1932. Der Stadtrat — Steueramt.

Kein deutsches Angebot.

Lausanne, 30. Juni. Reichskanzler, Reichsfinanzminister und Staatssekretär von Bülow werden morgen vormittag 9 Uhr in Lausanne einen Besuch abstatten. Nachrichten, die von einem neuen deutschen Angebot in irgend einer Form wiffen wollen, sind unzutreffend.

Der Reichskanzler kommt für einige Tage nach Berlin.

Berlin, 30. Juni. Reichskanzler v. Papen wird morgen oder übermorgen für einige Tage nach Berlin kommen, um dem Reichspräsidenten und dem Reichskabinett über den Stand der Dinge in Lausanne zu berichten. Ein genauer Termin ist noch nicht festgesetzt.

Herriot in Paris eingetroffen.

Paris, 1. Juli. Ministerpräsident Herriot ist in Begleitung des Handelsministers heute hier eingetroffen. Gleichzeitig sind auch Kriegsminister Paul-Boncour und Marineminister Leygues angekommen. Herriot erklärte: Die französische Delegation ist sehr ruhig. Sie weiß, was sie will und die Franzosen können genau so ruhig bleiben, wie wir. Um 9 Uhr hat ein Kabinettsrat begonnen.

Chamberlain nach Lausanne zurückberufen.

London, 1. Juli. Schatzkanzler Chamberlain wurde gestern telephonisch ersucht, so bald wie möglich nach Lausanne zurückzukehren, da gewisse Einzelheiten seines Anwesens erforderlich machen. Er wird daher heute nachmittag nach Lausanne abreisen.

Deutsch-englische Stillschweigenverhandlungen.

Berlin, 30. Juni. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß morgen in London neue deutsch-englische Stillschweigenverhandlungen für die nächsten Tage beginnen. Die Reichsbankdirektoren Fuchs und Pöhl, für die Privatbanken die Direktoren Schlipper und Feilcke, ferner Geheimrat Kästl vom Reichsverband der Deutschen Industrie sind zu diesen Verhandlungen bereits nach London abgereist. Die Zusammenkunft geht auf eine frühere Vereinbarung zurück, wonach die Schlichter beider Länder alle Vierteljahr einmal zusammenkommen, um sich über die Entwicklung des Stillschweigenabkommens auszusprechen. Diesmal liegen die Dinge nun so, daß im laufenden Vierteljahr 60 Millionen mehr von Deutschland abgezogen worden sind als vorausgesehen wurde. Nach deutscher Auffassung ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer weiteren Zinssenkung. Inwieweit es dazu kommt, das läßt sich natürlich erst nach Abschluß der Verhandlungen übersehen.

Berlin, 1. Juli. Nach einer Meldung der „Böf.“ soll der italienische Luftfahrtminister General Balbo gestern abend mit dem Reichswehrminister General von Schleicher zusammengetroffen sein. Die Zusammenkunft, über die von den amtlichen Stellen völliges Stillschweigen bewahrt wurde, soll in einem Weinrestaurant in Wannsee stattgefunden und es sollen an ihr der Chef der Heeresleitung General von Hammerstein und Ministerialdirektor Koepe vom Auswärtigen Amt teilgenommen haben.

Ein 125-Millionen-Überbrückungskredit.

Berlin, 30. Juni. Wie wir erfahren, hat das Reich in den letzten Tagen über einen Überbrückungskredit verhandelt, der den Zweck hat, über den Juni-Winter hinwegzuhelfen. Die Verhandlungen sind auch bereits zum Abschluß gekommen. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß der Kredit sich auf 125 Millionen beläuft. Dieser Betrag reicht vollkommen aus, um alle Zahlungen für den Monat Juli sicherzustellen. Die Rückzahlung erfolgt bis Ende des Rechnungsjahres. Der Kredit wird von dem Bankensortiment bereitgestellt, mit dem das Reich auch in früheren Fällen zusammengearbeitet hat. Die Verhandlungen sind natürlich auch diesmal durch Vermittlung der Reichsbank geführt worden.

Verstärkter Druck auf Deutschland in Lausanne.

Die Forderung auf Revision von Versailles abgelehnt. Herriots überraschender Besuch bei Papen. Der Kanzler bleibt fest.

Die Ereignisse am Donnerstag.

Die Besprechungen, die am Mittwoch abend in Lausanne eingeleitet worden sind, können für Deutschland schwere politische Gefahren heraufbeschwören. Im Stillschweigenabkommen scheint es verhältnismäßig glatt gegangen zu sein, sobald im Falle der Einigung in Lausanne die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz in London für den Herbst auf keinerlei Schwierigkeiten mehr stoßen dürfte. Dagegen sind die Verhandlungen des Finanzausschusses, des sog. Büros, umso verwickelter. Schon die Tatsache, daß Deutschland einen Beitrag für den allgemeinen Hilfsfonds angeboten hat, hat die Franzosen veranlaßt, die Forderungen wesentlich heraufzusetzen. Jedenfalls haben die Verhandlungen am Donnerstag vormittag zu keinem Ergebnis geführt, so daß Graf Scherzer von Krosigk sich entschlossen hat, neue Weisungen vom Reichskanzler von Papen einzuholen. Es kann nicht verhehlt werden, daß diese Entwicklung mit Sorge betrachtet werden muß. Denn es besteht bei der Gegenseite die Absicht, uns auf die abschüssige Bahn immer weiterer finanzieller Zugeständnisse zu drängen, während man in die Erörterung der bekannten politischen Forderungen Deutschlands, die sich auf die Wiederherstellung der Gleichberechtigung beziehen, überhaupt noch nicht eingetreten ist.

Selt Mittwoch ist also der Endkampf in das sog. „Büro der Konferenz“ verlegt, das nach dem deutschen Revisionsvorstoß bis Donnerstag 2 Uhr nachts verammelt war und auch am Tage dauernd Sitzungen abhielt. Dabei wurde Deutschland unter stärksten Druck sämtlicher Gläubigermächte gesetzt, die zwei neue Vorschläge durchzusetzen suchten: Eine Veroppelung der Tributfrage mit den interalliierten Schulden an Amerika und die Forderung einer Abschlagszahlung, für die Summen von 7 und sogar 10 Milliarden genannt werden.

Die deutsche Forderung auf Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage ist sowohl von französischer wie auch von englischer Seite als unannehmbar abgelehnt worden. Diese Frage könne ausschließlich im Rahmen der Abrüstungskonferenz behandelt werden, jedoch würde die französische Regierung sich bereit erklären, in die offizielle Schlussklärung der Lausanner Konferenz den Wunsch auf eine gerechte Lösung des Abrüstungsproblems aufzunehmen, um damit in gewissem Sinne dem deutschen Standpunkt entgegenzukommen.

Mit dieser Ablehnung ist auch das mit der deutschen Forderung verbundene gewisse Angebot hinfällig. Dieses bestand in einer besonderen Leistung für den allgemeinen europäischen Wiederaufbau unter der Voraussetzung, daß im vollen Umfange in allen militärischen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen die deutsche Gleichberechtigung wiederhergestellt werden würde.

Nach wie vor wird, obwohl die Verhandlungen des Büros vollständig vertrieben sind, von französischer Seite das Gerücht verbreitet, Deutschland sei zu einer Abschlagszahlung bereit. Mit großer Bestimmtheit wird von der deutschen Delegation demgegenüber erklärt, daß eine Abschlagszahlung im Rahmen des Abrüstungsabkommens nicht in Betracht kommt, und daß deutsche Zahlungen für besondere Leistungen ohne völlige Gleichberechtigung aller Dienstleistungen von vornherein nicht gegeben werden können.

Die von den Franzosen geäußerte Absicht, die deutsche Delegation zu einer Revision von Versailles zu bewegen, daß die deutsche Delegation zustimmen möge, in der

letzten Nacht, als das Büro der Konferenz stundenlange Verhandlungen führte, im Palasthotel durch öffentlichen Anschlag die französischen Gerichte, also mitten im Hauptquartier der französischen Delegation, abgelehnt zu werden.

Am späten Nachmittag soll die französische Regierung folgenden abschließenden Vorschlag gemacht haben:

Die deutsche Regierung verpflichtet sich zu zwei Zahlungen. Die erste erfolgt als Beitrag Deutschlands zu der Rosse-sämtlicher Mächte für den Wiederaufbau Europas. Die zweite gilt als Restzahlung Deutschlands für die Tribute und wird bei der Pafeler WZ hinterlegt. Auf der Grundlage dieser zweiten Zahlung tritt die englische und französische Regierung an die amerikanische Regierung mit dem Vorschlag heran, diesen Betrag als die Abschlagszahlung Englands und Frankreichs für die gesamten interalliierten Schulden anzusehen. Die amerikanische Regierung würde damit im Falle der Annahme dieses Vorschlages ihre Forderungen an die englische und französische Regierung als erledigt betrachten. Sollte dagegen Amerika diesen Vorschlag ablehnen, so würde Deutschland weiterhin verpflichtet bleiben, an die europäischen Gläubigermächte diejenige Summe zu zahlen, die diese an die Vereinten Staaten zu leisten haben. Die französische Regierung wollte somit nach diesem Plan auf ihren „Ueberfluß“ aus den deutschen Tributzahlungen verzichten.

Am Spätnachmittag des Donnerstag gab es noch eine Sensation. Die Sitzung des „Büros“ wurde für eine Stunde unterbrochen. Während der Unterbrechung begab sich Herriot überraschend zum Reichskanzler. Dieser unvorhergesehene Besuch wurde allgemein dahin ausgelegt, daß auf englischen Vorschlag die letzten Versuche unternommen werden sollten, eine direkte Einigung zwischen der deutschen und französischen Regierung herbeizuführen. Die Unterredung dauerte fast eine Stunde. Ueber den Verlauf wurde Stillschweigen bewahrt.

Am Abend wurde dann von deutscher Seite mitgeteilt, daß sämtliche Vorschläge, die im Laufe des Tages unterbreitet worden seien, abgelehnt werden müßten, weil sie lediglich die gegenwärtig in der Welt bestehende Unklarheit und Unsicherheit verewigen und in keiner Weise zu der sehr so dringenden Wiederherstellung des Vertrauens führen würden.

Die Arbeitslosenhilfe.

Berlin, 30. Juni. Mit Wirkung vom 1. Juli 1932 wird an Stelle der Krisenlohnsteuer eine Abgabe zur Arbeitslosenhilfe erhoben, die sämtliche Lohn- und Gehaltsempfänger trifft, an den Bruttoarbeitslohn anknüpft und gestaffelt ist. Die Abgabe, die durch die Arbeitgeber von dem Bruttoarbeitslohn einbehalten wird, verwalten, soweit es sich um sozialversicherte Personen handelt, die Krankenkassen, soweit es sich um Personen handelt, die nicht der Sozialversicherung unterliegen, z. B. Beamte, private Arbeitsnehmer mit mehr als 700 Mark Monatsarbeitslohn, die Finanzämter. Die Durchführungsbestimmungen sind von den beteiligten Reichsministerien bereits erlassen worden. Auskünfte können bei den Krankenkassen und den Finanzämtern eingeholt werden.

Berlin, 30. Juni. Der bisherige deutsche Gesandte in London, Herr Dr. G. G. G., ist zum Dirigenten der Delegation ernannt worden.

Deutschland hat die höchste Steuerbelastung.

Berlin, 30. Juni. Das Statistische Reichsamt hat eine Untersuchung über die Steuerbelastung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien angestellt, aus der hervorgeht, daß die Steuerfreigrenzen in Großbritannien und Frankreich mindestens dreimal so hoch sind als in Deutschland, und zur Folge haben, daß der britische und französische Lohnarbeiter, insbesondere der durch Familienband und sonstige Sozialabzüge steuerlich begünstigte private Lohnarbeiter, in der Regel den Besteuerung nicht unterliegt. Die höheren und mittleren Einkommen bis zu 6000 reiner Einkommen, d. h. Einkommen der Mehrzahl der Reichsbürger, werden in Großbritannien und Frankreich entweder überhaupt nicht oder in nicht nennenswertem Maße zur Besteuerung herangezogen. Im Deutschen Reich steht die Besteuerung am frühesten und am höchsten ein. Aber auch bei den geringsten Einkommen liegt die Steuerlast in Deutschland und in unvergleichlich höherem Maße als bei den anderen Staaten.